Briefe zur sozialen Einheit 5/91, 19.5.1991

Forum der BürgerInnen Interessen

Zum 1.7.1991:

Nein zu weiteren Kündigungen - Wiedereingliederung der schon Entlassenen!

Immer wieder gibt es überraschte Reaktionen in Westdeutschland, wenn über das Ausmaß der drohenden Katastrophe in den neuen Bundesländern berichtet wird. Es ist wirklich unfaßbar: ein ganzes Volk wird um die Früchte seiner Revolution durch eine rücksichtslose Politik der sozialen Demontage und Entindustrialisierung betrogen. Dabei bereichern sich unter dem Schutz der Bundesregierung die großen Geldgeber und Unternehmer aus den westlichen Bundesländern - gemeinsam mit den Kräften des alten Regimes.

40% Arbeitslose in Sachsen

Ministerpräsident Biedenkopf erwartet eine Arbeitslosenquote von 40% in Sachsen. Das ganze Ausmaß der Entwicklung verdeutlicht ein vertraulicher Bericht der Unternehmens-Beratungsfirma Mc-Kinsey für die Bundesregierung. Die ehemalige DDR hatte Ende 1989 9 1/4 Millionen Erwerbstätige. Diese Zahl wird auf ca. 5 Millionen sinken. Das sind fast 46% weniger Erwerbstätige. Würde man eine solche Quote für die westlichen Bundesländer berechnen, dann gäbe es eine Summe von 12,5 Millionen, die innerhalb eines Jahres arbeitslos werden. Nach Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung sank bis Februar 1991 die Zahl der Erwerbstätigen schon um fast 2,9 Millionen Erwerbstätigen. Das ist eine Quote von 33,72 %. In der Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung sind in diesen 2,9 Millionen die Kurzarbeiter und diejenigen in der Warteschleife, diejenigen, die in Vorruhestand gingen, oder auch jene Frauen, die an Heim und Herd zurückkehrten (bzw. mußten), berücksichtigt.

Hinzu kommt, daß viele notwendigen sozialen Einrichtungen „abgewickelt" wurden. Fast jede Familie ist betroffen, Millionen werden in Not und Armut geworfen.

Es ist kein Licht im Dunkeln zu erkennen. Und niemand in den westlichen Bundesländern soll sich der Illusion hingeben, daß eine solche Entwicklung keine Auswirkungen auf den Westen haben würde. Die o.g. Studie für die Bundesregierung betont ausdrücklich die Gefahr, daß „die Bundesrepublik insgesamt in eine Abwärtsspirale gezogen wird."

Diese Entwicklung ist nicht die logische Folge des Sturzes der SED-Bürokratie. Im Gegenteil, das Volk hatte den Willen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Westen das Land nach 40 Jahren Mißwirtschaft wieder aufzubauen. Der Sturz der SED war die Voraussetzung dafür, daß das Volk sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und selbst demokratisch über seine gesellschaftliche Zukunft entscheiden kann.

Und nun müssen wir feststellen, es wird nicht aufgebaut sondern zerstört. Industrieanlagen werden nicht erneuert sondern demontiert. 100.000e Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst sind in die sogenannten Warteschleifen abgeschoben.

Das Volk ist zum Handeln aufgerufen

Das ist die Folge einer bewußten Politik. Im Einigungsvertrag wurde z.B. die Entlassung von ca. 600000 im Öffentlichen Dienst festgeschrieben. Die Treuhand, das zentrale Instrument der Bundesregierung, liquidiert die Betriebe.

Gegen eine solche Politik der Bundesregierung und ihre katastrophalen Folgen ist das Volk erneut aufgerufen zum Handeln. Unvergessen ist, daß es die Bevölkerung in Ostdeutschland war, die durch ihre Bewegung und Initiative die SED-Diktatur und ein Bollwerk, wie die Mauer, gegen den Widerstand der Herrschenden in Ost und West zum Einsturz gebracht hat.

Die Leipziger Montagsdemonstrationen in diesem Frühjahr waren ein Signal.

Die gemeinsamen Kommissionen dagegen zwischen Bundesregierung und SPD, sowie jeweils einem Vertreter von Bündnis 90, können keine Lösung bringen.Diese Gespräche dienen nur der Legitimation der Politik der Bundesregierung. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung ihren politischen Kurs ändern würde. Wie können also Veränderungen in Zusammenarbeit mit dieser Regierung angestrebt werden?

Die notwendige Veränderung kann nur von unten kommen. Der Ruf aus Leipzig „Kohl muß weg" zeigt den Willen der Bevölkerung. Sie braucht eine andere Politik und dafür eine entsprechend andere Regierung. Das Volk muß der Politik in den Arm fallen. Notwendig ist das solidarische organisierte Handeln von Arbeitenden, Kurzarbeitern und Arbeitslosen. Dafür haben die Gewerkschaften und all jene politischen Kräfte, die sich auf die Interessen der Bevölkerung berufen, die Verantwortung. In Ostdeutschland gibt es einen erstaunlichen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. 1 Million von 1,2 Millionen Metallarbeitern sind z.B. in der IG-Metall organisiert. Jetzt muß der Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen, z.B. von Betriebsgruppen, in denen sich Kurzarbeiter, die schon Entlassenen und die noch Arbeitenden vereinigen und gemeinsames Handeln diskutieren, aktiv in Angriff genommen werden. Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen müssen stattfinden und die Erneuerung und die Reorganisierung der Produktion in die Hand nehmen.

Im Zentrum der Forderungen steht heute vor dem 1. Juli 1991 die Forderung nach Verlängerung des Kündigungsschutzes.
So hat die IG-Metall auf der Leipziger Montagsdemonstration verlangt:
"Keine Kündigung in diesem Jahr - Verlängerung der Kurzarbeiterregelung über den 31.Dezember 1991 hinaus." - "Rücknahme aller Kündigungen jetzt"

Der DGB Sachsen fordert: **„Schluß mit der Warteschleife! Aufbau des Öffentlichen Dienstes."** Die ÖTV stellt fest, daß verhindert werden muß, daß Hunderttausende von ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes ohne eine neue Berufsperspektive in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat im sächsischen Landtag mit ihrem Antrag „Sachsen wird leben" diese Forderungen zu den ihren gemacht (Wortlaut des Antrages siehe „Briefe zur sozialen Einheit Nr.1). Die sächsische Landesregierung diskutiert seit seiner Einreichung über eine Antwort. Die Antwort muß jetzt erfolgen, noch vor dem 1. Juli. Die arbeitende Bevölkerung braucht den Kündigungsschutz sofort, der Prozeß der Entindustrialisierung muß gestoppt werden - denn das ist die Voraussetzung dafür, daß die fünf neuen Länder wieder aufgebaut werden können.

In dieser Ausgabe haben wir einige Initiativen für den Kündigungsschutz zusammengestellt.

Gotthard Krupp , 15.5.1991

Ostdeutschland wird das Japan Westeuropas sein"

(Anmerkungen zu einem Interview von Björn Engholm)

Im Berliner Tagesspiegel erschien jetzt ein Interview mit dem designierten SPD-Vorsitzenden Björn Engholm.

Für eine unkonventionelle Politik der SPD

Björn Engholm verkündet als neue sozialdemokratische Perspektive im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine "unkonventionelle Politik". Was aber ist das Unkonventionelle?

Engholm schlägt zum Beispiel die Beschäftigungsgesellschaften vor. Und er sieht sich dabei in enger Nähe zur Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber mit ihren „Auffanggesellschaften". So „können wir Hunderttausenden von Menschen wenigstens für eine Übergangszeit Arbeit besorgen." „Unkonventionell" daran wäre es zweifellos, wenn sich die SPD als Partei der ArbeitnehmerInnen dazu hergeben soll, gemeinsam mit den Unternehmern eine „sozial verträglichere" Überleitung in die Arbeitslosigkeit zu organisieren. Genau dieses Problem aber werfen die Beschäftigungsgesellschaften auf.. Denn durch sie werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, während Millionen abgebaut werden
(In der nächsten Ausgabe folgt eine Analyse zur Beschäftigungsgesellschaft)

Gegen die Politik der Entindustrialisierung Ostdeutschlands, die die Regierung Kohl mit dem Instrument der Treuhand im Interesse des westdeutschen Kapitals verfolgt, brauchen die ArbeitnehmerInnen mehr denn je die Kraft ihrer Gewerkschaften und politischen Partei, der SPD, zur Verteidigung der Arbeitsplätze.

Die Beschäftigungsgesellschaften werden aber von den Unternehmen als ein Mittel gesehen, das es ihnen erlaubt, die Widerstandsfront der ArbeitnehmerInnen zu zerschlagen: ein Teil der Beschäftigten bleibt im Betrieb, ein Teil geht in Kurzarbeit, andere kommen in die Beschäftigungsgesellschaft, einige werden in den Vorruhestand geschickt, die große Mehrheit wird arbeitslos. Für diese Strategie zahlen die Unternehmer heute selbst den Preis für die Auffanggesellschaften - aus Angst vor sozialen Unruhen.

SPD als Servicegesellschaft?

Diese Fragen müssen dringend in die Diskussion der SPD einfließen. Dagegen kann ich nur mit Unverständnis dem Vorschlag Engholms folgen, daß die SPD sich zu einer „Servicepartei" mausern soll, die die verzweifelten Menschen in Ostdeutschland „tröstet".

Besser schlechte als gar keine Arbeit, so liest es sich bei Engholm. Aber predigen das nicht genauso die Ideologen der Unternehmerverbände, um die westdeutschen ArbeitnehmerInnen auf die Nivellierung nach unten vorzubereiten, die sie mit der Vollendung des EG-Binnenmarkts 93 erwartet?

Während die Unternehmer, gestützt auf die neuen Seilschaften mit den alten SED-Kadern, Profite z.B. aus den Investitionsförderungen und Steuergeschenken der Regierung Kohl abschöpfen (was an Engholm ganz vorbei zu gehen scheint), fordert dieser von den ArbeitnehmerInnen in Ostdeutschland, auch einmal „Abstriche" zu machen und so ihre Heimat voranzubringen.
Den Unternehmern werden Billiglohnarbeiter frei Haus geliefert. Diese nutzen das eifrig, um auch im Westen „Abstriche" von den in einem jahrhundertlangen Kampf verwirklichten Errungenschaften zu erzwingen. Dem Öffentlichen Dienst werden Billigst-Lohnkräfte zur Verfügung stehen, z.B. über 100 000e Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die in den Augen der Unternehmer ohnehin viel zu teuren gesellschaftlichen Kosten werden endlich gesenkt. Dazu, so u.a. Kanzler Kohl, sollen natürlich auch die westdeutschen ArbeitnehmerInnen ihren Beitrag leisten. Und was schlägt Björn Engholm vor? "Alle sechzig Millionen...(müssen) die Last mittragen". Wie ist es möglich, daß der Sozialdemokrat und zukünftige Parteivorsitzende Engholm selbst an dieser Stelle die Milliarden Spekulationsgewinne, die Superprofite der Unternehmer in den letzten zwei Jahren, die Milliarden der Schalck-Golodkowski und Co. unerwähnt läßt - die schließlich erst einmal zur Finanzierung herangezogen werden müßten?

Er vertritt damit ebenfalls das Programm der Umverteilung in einer Klasse, das schon Oskar Lafontaine vor Jahren als die große neue Einsicht der SPD in die Diskussion geworfen hat. Mit einer solchen Politik aber macht sich die SPD-Führung mitverantwortlich für das Programm der sozialen Demontage, daß die Bundesregierung seit 1982 verfolgt und das nun über Ostdeutschland endlich realisiert werden soll.

Wer zahlt - und wofür?

1,7 Millionen Menschen im Westen beziehen Sozialhilfe, die neue Armut ist keine unbekannte Größe; doch Björn Engholm verweist darauf, daß die privaten Haushalte überwiegend gut leben, während die Staatshaushalte ausbluten. Lebt also die arbeitende Bevölkerung parasitär von öffentlichen Geldern? Was ist mit den hohen Zinsgewinnen, die die Banken an den Krediten des „Fonds zur Deutschen Einheit" verdienen? Schon 1990 erhöhte sich der Zinsgewinn der Deutschen Bank um 20%, während der Zinsaufwand des Bundes 1991 um 42 % steigen wird.
Und was ist mit den Steuerentscheidungen der Bundesregierung, die die Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen zu Verlierern macht, während die Reichen entlastet werden? Was ist mit der Abschaffung der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer, die die Kommunen und Länder weiter ausbluten wird?
Die bereinigte Lohnquote ist von 1980 -1990 von 69,4 auf 61,9 % gesunken, während der Anteil der Bruttogewinne und Vermögenseinkommen von 26,5 auf 33,3% gestiegen ist (Angaben der IG Metall vom Februar 1991). Angesichts dieser Entwicklung kann es von der SPD doch keine andere Antwort auf die finanzielle Austrocknung der Staatshaushalte geben, als die nach einer sofortigen Umkehr der Steuerpolitik.

Das „Modell Japan"

Björn Engholm entdeckt noch mehr ganz unkonventionell Neues. Z.B. das Vorbild „Japan". Engholm schwebt das modernisierte Ostdeutschland als „Japan Westeuropas" vor. Wie neu ist diese Idee eigentlich? Anfang 1980 war es der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorf, der das Vorbild Japan ins Feld führte. Der Reichtum der modernen Wirtschaftsunternehmer Japans beruht darauf, daß die Arbeitsverhältnisse meist befristet sind; daß die ArbeitnehmerInnen zunehmend in Teilzeitarbeit (unter 35 Stunden) sind; daß sie nicht durch Tarifverträge gesichert sind... Der entrechtete, schutzlose , flexible Arbeitnehmer - das verbindet sich mit dem Modell Japan. Das aber ist das gesellschaftliche Zukunftsbild, das den Unternehmern für das Deutschland in der EG 93 vorschwebt.
Eine SPD, die sich die programmatischen Vorstellungen von Engholm, wie sie in diesem Interview zum Ausdruck kommen, zu eigen machen würde, würde sich als die Partei aufgeben, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen gegen diese rücksichtslosen Pläne des Kapitals verteidigt. So gibt es in den Reihen der Parteiführung schon Stimmen, die sich für die Vorschläge der Deregulierungskommission erheben. Der Wirtschaftsexperte Uwe Jens findet es z.B. durchaus „diskussionswürdig, daß Unternehmen, die in eine Existenzkrise geraten, durch Betriebsvereinbarung

für begrenzte Zeit einen niedrigeren Lohn festlegen als der sonst übliche des Tarifvertrags."(siehe FR, 14.Mai 1991)

Da werden Worte von Engholm wie „die Rechte der arbeitenden Menschen dürfen nicht eingeschränkt werden", „kein Wegradieren des Kündigungsschutzes" usw. zu leeren Lippenbekenntnissen, eine Verbeugung vor den traditionellen Aufgaben der SPD als Partei der arbeitenden Bevölkerung, um den Schein zu wahren.

Tatsächlich steht das Selbstverständnis der SPD als Partei der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Spiel.

Engholm scheint konsequent den Weg fortsetzen zu wollen, den Oskar Lafontaine mit seinen Thesen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, sowie mit der Unterzeichnung des sozialen Spaltervertrags (des sog. Einigungsvertrag) eingeschlagen hat. Die von Lafontaine und Engholm u.a. gepriesene Modernität der SPD beschreibt eine Politik, die die SPD mitverantwortlich macht für die Politik der sozialen Katastrophe, die die Regierung Kohl vertritt. Das droht die SPD selbst als Partei der Arbeitnehmer in die Katastrophe zu führen. Wie ernst es ist, zeigt die historische Niederlage, die die SPD unter Führung des Kanzlerkandidaten Lafontaine in den ersten gesamtdeutschen Wahlen erlitten hat.

Der SPD-Bundesparteitag steht ganz im Zeichen der Diskussion des zukünftigen Wegs der SPD. Es gibt wichtige Stimmen in der SPD und den Gewerkschaften, die sich gegen den Kurs der sozialen Zerstörung der Regierung Kohl erhoben haben. Wenn die Bundestagsfraktion es ernst meint mit ihrer Ablehnung „der zutiefst unsozialen Steuererhöhungen" und ihrer Ankündigung, diese im Bundesrat zu Fall zu bringen; wenn Genossen wie Rudolf Dreßler ihre Absage an die Deregulierungskomisson der Bundesregierung ernst meinen - **dann müssen sie für eine Diskussion auf dem Parteitag darüber eintreten, wie ein Aktionsprogramm der SPD für die Verteidigung der Interessen und Forderungen der ArbeitnehmerInnen aussehen muß; ein Programm, das die Grundlage sein kann, für eine Politik zur Verwirklichung der sozialen Einheit in Deutschland; ein Programm, das im Schulterschluß mit den Gewerkschaften die Kraft der arbeitenden Bevölkerung in ganz Deutschland mobilisiert und ihre Einheit organisiert, im Kampf für eine andere Politik und eine Regierung für das Volk.**

Carla Boulboulle', den 18.5.1991

Impressum:

Die „Briefe zur sozialen Einheit" erscheinen 14-tägig.
Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.
Redaktionsadresse, Kontaktadressen und Bestelladressen:
Gotthard Krupp Sternstraße 50; W - 4000 Düsseldorf 30
Oliver Kloß, Saalfelderstr. 41, O- 7033 Leipzig

Mitteilungen können auch an folgende Fax-Nummern gesandt werden: Düsseldorf 0211 / 498 26 97; Dresden 48 55 307 mit Angabe: „bitte an Thomas Rudolph weiterleiten"

Der regelmäßige Bezug ist nur im Halbjahresabonnement möglich.
Preis des Einzelexemplars: 1.– DM

Halbjahresabonnement in West:	16,-- DM (incl. Porto)
Halbjahresabonnement in Ost:	12,-- DM (incl. Porto)
Handabonnement in West:	8,-- DM
Handabonnement in Ost:	5,-- DM

Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements.
Konto:
Gotthard Krupp, Kontonr.: 67009845, Stadtsparkasse Düsseldorf, BLZ 300 501 10
V.i.S.d.P.: G. Krupp, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

SPD-Abteilung 8 aus Reinickendorf-Berlin fordert

Marsch auf Bonn

In Berlin droht, wie in den 5 neuen Bundesländern, eine katastrophale Situation. Prognosen sprechen davon, daß zum Sommer jeder 3. Berliner arbeitslos wird. Im öffentlichen Dienst wurden zum 3. April 90 000 Kolleginnen und Kollegen, die bisher in der Warteschleife 70 % ihres Gehaltes bezogen, arbeitslos. Wenn am 30. Juni der Kündigungsschutz fällt, kommen noch einmal 50 000 Arbeitslose dazu. Die IG Metall geht davon aus, daß von insgesamt 75 750 Arbeitsplätzen in Ostberliner Großbetrieben nach dem 30.06. nur noch 32 865 übrig bleiben.

Diese Entwicklung macht nicht vor West-Berlin halt. Die Senatsverwaltung befürchtet, daß bei Streichung der sog. Produktpräferenz in Westberlin 30 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit wird außerdem der öffentliche Haushalt unterminiert. Auf dem Parteitag der Berliner SPD am 16. März 91 fand zu diesen Fragen eine Diskussion statt. Wir veröffentlichen hier einen Antrag der Abt. 8 aus Reinickendorf, in dem wichtige Handlungsperspektiven aufgezeigt werden.

Es wird ein nationaler Aufbauplan vorgeschlagen, der erfordert:

"- daß die Hauptstadt Berlin auch Sitz von Regierung und Parlament wird. Eine Entscheidung zugunsten Berlins ist zugleich eine Entscheidung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands,
- die neuen Länder und Gemeinden ausreichend mit Finanzmitteln auszustatten,
- die Zukunft des endlich geeinten Berlins nicht durch einen überstürzten Abbau der Berlinförderungsmaßnahmen zu gefährden,
- die Eigentumsverhältnisse eindeutig, unbürokratisch und abschließend zu regeln und damit das wichtigste Investitionshemmnis zu beseitigen. Investitionen haben Vorrang vor der Rückgabe früheren Eigentums. Frühere Eigentümer und Gläubiger sind zu entschädigen,
- den neuen Ländern, Kreisen und Kommunen das öffentliche Vermögen zu übertragen, soweit nicht in Ausnahmefällen entsprechend der Aufgabenzuweisung ein Eigentum des Bundes zwingend erforderlich ist,
- die Infrastruktur in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr, Ver- und Entsorgung und Wohnen unverzüglich auszubauen,
- eine Industriepolitik, die Betriebe in den neuen Bundesländern als wettbewerbsfähige Industriebasis erhält,
- für private Investitionen unkomplizierte, massive und mittelfristig garantierte Förderanreize zu gewähren,
- daß die Wohnungswirtschaft in den sechs neuen Bundesländern in die Lage versetzt wird, notwendige Investitionen vorzunehmen und kostendeckend zu arbeiten. Dabei ist die Mietenentwicklung sozial verträglich zu gestalten mit einer besonderen Wohngeldregelung. Die Bewirtschaftungsdefizite sind durch die Bundesregierung zu subventionieren,
- ein breites und finanziell ausreichend ausgestattetes Angebot von bedarfsorientierten Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine großzügige Vorruhestandsregelung anzubieten,
- die Personalausstattung der öffentlichen Verwaltungen in den neuen Bundesländern durch einen massiven partnerschaftlichen Personaltransfer durchgreifend zu verbessern und außerdem die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und zu straffen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Kommunen unbürokratisch und ohne die von ihnen nicht leistbare Eigenbeteiligung mit einem nationalen Sofortprogramm Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen endlich Arbeit satt Arbeitslosigkeit finanzieren

3. Maßstab für die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Kommunen ist der Grundsatz der Gleichbehandlung der alten und der neuen Länder. Das bedeutet z.B. die sofortige Einbeziehung der sechs neuen Bundesländer in die Verteilung der den Ländern zustehenden Anteile der Umsatzsteuer. Die neuen Länder haben einen Anspruch auf eine am infrastrukturellen Niveau der westlichen Bundesländer ausgerichtete Finanzausstattung und auf Planungssicherheit für einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Über eine höhere öffentliche Verschuldung kann der Finanzbedarf der sechs neuen Länder aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht befriedigt werden.

Sozialdemokraten sind bereit, eine solidarische Anstrengung für Deutschland mitzutragen. Ohne Steuererhöhungen ist eine rasche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den sechs neuen Bundesländern nicht zu erreichen. Voraussetzung für die Zustimmung der SPD ist, daß die Bundesregierung auf die geplante Abschaffung der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer sowie die geplante Senkung der Unternehmenssteuer verzichtet. Die bereits vollzogene Absenkung des Spitzensteuersatzes bei Einkommens- und Körperschaftssteuer ist rückgängig zu machen. Darüber hinaus sind alle Einsparungsmöglichkeiten z.B. im Verteidigungshaushalt auszuschöpfen. Zusätzliche Steuereinnahmen sind durch eine befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen zu erzielen. Jede Steuererhöhung muß an folgenden Kriterien gemessen werden:

- sozial gerecht,
- die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte stärken,
- ökologisch vernünftig und ökonomisch sinnvoll.

4. Wenn die Verhandlungen des Berliner Senats mit der Bundesregierung über die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Berlins scheitern sollten, wird der Landesvorstand der Berliner SPD aufgefordert, zusammen mit den Gewerkschaften und anderen Gruppen noch vor der Sommerpause einen Marsch auf Bonn zu organisieren, um den Protest der Berlinerinnen und Berliner gegen massive Einbußen an ihrem Einkommen durch Kürzung der Berlinzulage und Erhöhung der Steuern sowie der Arbeitslosenversicherung Ausdruck zu verleihen. " (zitiert nach: " Berliner Stimme").

Volksausschuß zur Verteidigung der Stadt "Leipzig wird leben"

Mit den Forderungen: *„Kündigungsstop, Wiedereingliederung der Kurzarbeiter und Arbeitslosen in die Produktion - Haushalt für's Volk, finanzielle Absicherung aller für die Versorgung der für die Bevölkerung notwendigen Einrichtungen!"* wurde in Leipzig am 6. Mai 1991 zu einem Bürgerforum eingeladen. Teilnehmer waren u.a. Cornelia Matzke, sächsische Landtagsabgeordnete (Bündnis 90), Carla Boulboulle', Landtagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen, Hansjörg Kretzschmer, SPD-AfA-Vorsitzender Westsachsen, Vertreter der IG Metall-Verwaltungsstelle Leipzig, Kollegen und Kolleginnen und gewerkschaftliche Vertreter aus Krippen, einer Poliklinik und mehreren Metallbetrieben.

Über 72.000 Menschen in Leipzig sind arbeitslos, über 114.000 sind in Kurzarbeit. In Sachsen gibt es kleinere Städte oder Dörfer, wo fast die gesamte Bevölkerung arbeitslos ist. In Chemnitz z.B. sind 68 % der Erwerbstätigen arbeitslos oder in Kurzarbeit. Angesichts dieser Entwicklung waren sich alle Anwesenden einig, daß die Forderung nach Kündigungsschutz über den 30.6. hinaus und nach Rücknahme der bereits ausgesprochenen Kündigungen unverzichtbar ist.

Cornelia Matzke wies das immer wieder ins Feld geführte Argument, es sei kein Geld da zur Sicherung der Arbeitsplätze und der sozialen Einrichtungen, zurück. Für den Golf-Krieg konnten sofort die Milliarden locker gemacht werden. Von dem vielgepriesenen 100 Mrd. Programm der Bundesregierung wird der größte Teil zur Investitionsförderung an die Unternehmer gegeben, ohne daß diese mit einer Garantie für Arbeitsplätze bürgen. Außerdem werden sie durch die Befreiung von der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer zusätzlich begünstigt, während den Kommunen das Geld für die elementarsten sozialen Aufgaben fehlt.

Carla Boulboulle' wies daraufhin, daß die jetzt anstehenden Entlassungen im öffentlichen Dienst im Einigungsvertrag festgeschrieben wurden, ebenso wie das Aus vieler sozialer Einrichtungen. Heute bezahlt die Bevölkerung teuer, daß die SPD diesen sozialen Spaltervertrag mitunterzeichnet hat, anstatt die Bevölkerung gegen diese durch und durch arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung Kohl zu mobilisieren, wie es ihrer Meinung nach die Verantwortung konsequenter sozialdemokratischer Politik ist.

Ein ÖTV-Vertreter erklärte, daß die von der Bundesregierung geplanten 280.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 350.000 Umschulungen in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter stehen. Vor allem warnte er davor, daß mit ABM Dauerarbeitsplätze abgebaut werden. So werden Kindergärtnerinnen oder Arbeiter aus dem Reinigungsdienst der Stadt entlassen und dann über ABM wieder befristet eingestellt. Die Kommune spart Geld, weil sie auf die Gelder der Arbeitslosenversicherung zurückgreifen kann. Über ihre Versicherungsbeiträge bezahlen die Arbeitnehmerlnnen ihre Arbeitsplätze, während die neuen Seilschaften alter SED-Kräfte und der Unternehmer sich kräftig bereichern. Wo bleibt die Kontrolle über die Gelder?

Von anderen Teilnehmern wurde betont, daß sich nur etwas ändert, wenn die Bevölkerung auf die Straße geht. Als die 500 sächsischen Bürgermeister in Dresden demonstriert haben, weil ihre Kommunen bankrott sind, gab es plötzlich Geld aus Bonn. Das ist auch die Erfahrung in den Betrieben und Sozialeinrichtungen. Arbeitsplätze von Erzieherinnen und bezahlbare, sozial gestaffelte Elternbeiträge konnte nur durch die Aktion der KollegInnen und Eltern erkämpft werden.

Ein Kollege aus einem Metallbetrieb forderte von dem anwesenden IG Metall-Vertreter, daß die IG Metall Vertrauensleutekonferenzen und Belegschaftsversammlungen, in die die Kurzarbeiter und Entlassenen integriert werden, einberufen muß, um Kampfmaßnahmen zur Verteidigung des Kündigungsschutzes zu beschließen.

Übereinstimmung bestand darüber, daß jetzt dringend entschlossene und gemeinsame Aktionen der Betroffenen und ihrer Organisationen notwendig sind. Die Mehrheit der Anwesenden wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die neu belebten Runden Tische. Der IG Metall-Vertreter Usinger meinte, daß er beim letzten Runden Tischen in Leipzig Entscheidungen über Maßnahmen zur aktiven Beschäftigungspolitik vermißt habe. Damit aber werden die Runden Tische zu Hinhaltemitteln, um die Leute von den Demonstrationen fernzuhalten.

Die Runden Tische finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und sind damit der Kontrolle der Bevölkerung entzogen - genau diese Kontrolle dürfe sich die Bevölkerung aber nicht nehmen lassen, forderte Cornelia Matzke.

Die Bürgerversammlung beschloß als Konsequenz aus der Diskussion eine Kampagne für den "Kündigungsschutz über den 30.6. hinaus".Die anwesenden Abgeordneten erklärten, daß sie diese Kampagne unterstützen und für entsprechende Beschlüsse in den Parlamenten eintreten werden. Im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne "Sachsen wird leben" wird z.B. gefordert, daß alle Entscheidungen der Treuhand, die die Schließung von Betrieben zur Folge haben, gestoppt werden sollen. „Wo Betriebe schon geschlossen wurden, werden diese Maßnahmen erneut in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften überprüft. Kein Arbeitsplatz darf gestrichen werden, bevor nicht ein neuer geschaffen wurde". Zu diesem Antrag sollen jetzt noch weitere Initiativen zum "Kündigungsschutz" folgen.

Unterschriftensammlung für den Kündigungsschutz

(verabschiedet auf dem Leipziger Bürgerforum)

"Die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung Leipzigs ist von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht. Die finanzielle Notlage der Stadt stellt die soziale und kulturelle Versorgung der Bevölkerung in Frage.

Die politische Verantwortung trägt die Regierung Kohl und ihre Treuhand, die sich auf die alten Seilschaften in den Betrieben stützt. Deshalb haben wir Leipziger zu 80.000 auf dem Augustplatz für "Weg mit Kohl" demonstriert und den Marsch auf Bonn und Berlin, organisiert vom DGB, gefordert, um eine andere Politik und Regierung durchzusetzen.

Unterschriftensammlung

Wir werden nicht zulassen, daß diese Stadt und die Menschen, die in ihr leben, arbeiten und wohnen, in die soziale Katastrophe gestürzt werden.

Wir wenden uns an die Verantwortlichen der Gewerkschaften, insbesondere der IGM und der ÖTV. Haltet an Eurem Auftrag fest:

Mobilisiert für

Kündigungsschutz für alle Arbeitnehmer/innen über den 30.6. hinaus! Rücknahme der bereits ausgesprochenen Kündigungen!

Wir wenden uns an alle Mandatsträger/innen in Leipzig, Dresden und Bonn, die sich den Interessen des arbeitenden Volkes verpflichtet fühlen: Entscheidet für Kündigungsschutz im öffentlichen Dienst!"

(Diese Unterschriftensammlung wurde von ÖTV-Kolleginnen in Chemnitz übernommen.)

Forum der BürgerInnenInteressen in Düsseldorf

Die Menschen in Ost und West wollen die soziale Einheit - Wie können wir gemeinsam dafür handeln ?

Am 14. Mai hatte die Düsseldorfer Landtagsabgeordnete Carla Boulboulle' im Rahmen des regelmäßigen „Forums der BürgerInnenInteressen" BürgerInnen, GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen zu einer Diskussion mit Cornelia Matzke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne im sächsischen Landtag eingeladen.

In dem Einleitungsbeitrag zeigte Carla Boulboulle' auf, wie die Bundesregierung Kohl und die Unternehmerverbände konsequent eine Politik betreiben, die die Bevölkerung in Ost und West gegeneinander ausspielen soll. So erklärte Murmann, Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände, der IG Metall-Tarifabschluß gefährde in Ostdeutschland 50 000 Arbeitsplätze. Dagegen ist es sehr wichtig, daß sowohl die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies, wie der Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler, betont haben, daß Lohnverzicht im Westen nur zu Lohnverzicht auch im Osten führt, die Unternehmer aber die Gewinner sind. Damit sei kein einziger Arbeitsplatz garantiert oder sogar neu geschaffen.
Gleichzeitig sollen der Bevölkerung im Westen von der Regierung Kohl immer neue soziale Opfer abgepreßt werden. In Düsseldorf sollen u.a. im Namen der Kosten der Einheit z.B. über 50 Stellen im Jugendamt gestrichen werden, sowie weitere Stellen in den Sozialeinrichtungen. 1991 muß die Stadt 5,5 Millionen DM mehr für den „Fonds der Deutschen Einheit" aufbringen als im Vorjahr. Doch die Bevölkerung kann diesen Abbau sozialer Leistungen ebensowenig hinnehmen, wie Lohneinbußen. Während so die soziale Spaltung bewußt vorangetrieben wird, wird der gewaltige Prozeß der Umverteilung von unten nach oben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in ganz Deutschland verschleiert. So sind z.B. in den nächsten 30 Jahren für die 115 Mrd. DM des „Fonds zur Deutschen Einheit" 185 Mrd. DM an Zinsen zu zahlen; d.h. die Banken verdienen sich die goldenen Nasen, sowie die Unternehmer sich über die Investitionszuschüsse millionenschwere Geschenke finanzieren lassen. Carla Boulboulle' betonte, daß vor allem die SPD in dieser Situation gefordert ist, für eine Politik einzutreten, die diesen schlimmen Kurs der Bundesregierung stoppt. So wandte sie sich an die anwesenden SozialdemokratInnen, gerade auch in Vorbereitung des Bundesparteitages die Diskussion über ein politisches Aktionsprogramm der SPD zur Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen in ganz Deutschland zu führen.

Cornelia Matzke leitete ihren Beitrag mit einem kurzen historischen Abriß seit der „Wende" ein und erklärte die Wahlsiege der CDU mit der Tatsache, daß die CDU ohne jedes Programm gewählt worden sei, weil sie sich als einzige Partei auf den Willen der Bevölkerung nach Einheit berufen habe. So habe die Bevölkerung auch noch die Währungsunion als Zeichen, daß die CDU die Einheit will, interpretiert. Während allerdings im Mai 1990 die Produktion um 9 % reduziert war, im Juni bereits um 15 %, erreichte sie nach der Währungsunion mit einem Minus von 42 % einen raschen Tiefpunkt. Die Bevölkerung sah sich nun der Massenarbeitslosigkeit ausgeliefert. Die Demonstrationen und Proteste zeigen, daß die Bevölkerung dennoch in der Lage ist, sich einzubringen und daß sie Ordnung schaffen will: Das punktuelle Zurückweichen der Regierung Kohl ist Ausdruck für die Kraft der Bevölkerung, Erfolge durchzusetzen.

Dennoch bleibt, so Cornelia Matzke, das Problem der Ost-West-Seilschaften : Alte Funktionäre der SED sitzen in Führungspositionen, auf die sich die Konzerne stützen, weil diese Kräfte aufgrund ihrer Vergangenheit erpreßbar sind. Sie betreiben eine rigide Personalpolitik. Im Interesse der Unternehmer richten sie sich gegen den Aufbau gewerkschaftlicher Interessensvertretungen im Betrieb. Gleichzeitig verfolgen die Konzerne primär eine Politik der Liquidierung von Betrieben, um jede mögliche Konkurrenz auszuschalten und ihre Kontrolle über den Markt zu sichern. Dabei stützen sie sich auf die Treuhand.

Cornelia Matzke warnte vor der Gefahr, daß die Auswirkungen der Politik, wie sie aktuell im Osten gegen die Bevölkerung betrieben wird, unweigerlich zu einer Nivellierung nach unten im Westen führen wird. Dabei erinnerte sie an die Vorschläge der Deregulierungskommission. Jetzt hoffe die Bundesregierung, endlich die Deregulierungsmaßnahmen durchsetzen zu können, die sie im Rahmen des EG-Binnenmarktes ohnehin durchsetzen will.
Es geht im Interesse der Menschen in Ost und West darum, den „Graben" (Wolf Biermann), der nach der Mauer zwischen ihnen errichtet werden soll, zu überwinden.

Cornelia Matzke begrüßte deshalb Veranstaltungen wie das „Forum der BürgerInnenInteressen" ausdrücklich als Mittel, diesen Graben zu überwinden. Notwendig sei das vereinte Handeln aller, in Ost und West: „Die Bevölkerung muß sich organisieren" und dafür sind Gewerkschaften nötig und in der Verantwortung. Statt wie im Fall der Montagsdemonstrationen zu desorganisieren und diese zugunsten „Runder Tische" fallen zu lassen, ist es die Verantwortung gerade der Gewerkschaften, alle, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und KurzarbeiterInnen gemeinsam zu organisieren: „Bei einer 50 %-igen Arbeitslosigkeit wäre es fatal, wenn Beschäftigte und Arbeitslose gegeneinander gespalten wären."

In einigen Beiträgen wurde die Frage aufgeworfen, wie Solidarität zwischen den ArbeitnehmerInnen aus Ost und West verwirklicht werden kann. Dabei stand der Termin des 1. Juli im Zentrum, der Tag, an dem der Kündigungsschutz für Ostdeutschland aufgehoben werden soll, an dem also Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit geworfen werden sollen. Die Kolleginnen und Kollegen im Westen werden von den Folgen der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland und der Nivellierung aller Rechte ebenfalls betroffen sein. Deshalb müssen gemeinsam praktische Konsequenzen gezogen werden. So verabschiedeten betroffene Kolleginnen und Kollegen in Leipzig eine Unterschriftensammlung gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes.

Unabhängig davon ergriffen ÖTV-KollegInnen im Ruhrgebiet die Initiative zu einer Unterschriftensammlung, die sich gegen die Anhebung der Abgaben und Steuern ebenso ausspricht, wie gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes. Sie fordern von den Verantwortlichen der Gewerkschaft die Organisierung eines Sternmarsches nach Bonn und Berlin.

Anwesende SozialdemokratInnen erklärten, sie würden sich auch in der SPD für die Rücknahme der angekündigten Aufhebung des Kündigungsschutzes einsetzen und die aufgeworfene Frage, „welche Politik brauchen wir", in die SPD einbringen.

Für die Verteidigung des ÖTV-Tarifergebnisses

KollegInnen und Kollegen am ÖTV-Fortbildungsinstitut in Duisburg haben über den Tarifkampf und die Ergebnisse diskutiert. Dabei stand im Zentrum die Frage, wie das Ergebnis gegen die Bundesregierung verteidigt werden kann, die über die Anhebung der Steuern und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung die erkämpften Lohnerhöhungen wieder aufheben will.
Folgenden Thesenbeitrag verstehen die KollegInnen als einen Grundlagentext zur Begleitung einer Unterschriftensammlung:

„...1. Das Tarifergebnis von 6 % wurde und wird - wie nicht anders z.B. von der Großen Tarifkommission erwartet - kritisiert. Im Vergleich zu den übrigen europäischen Ergebnissen, wo der öffentliche Dienst überall von Zerstörung bedroht ist, ist es ein überdurchschnittliches Ergebnis.

Doch jetzt, unmittelbar nach Abschluß des Tarifkampfes, will die Bonner Regierung uns diese Tariferhöhung wieder nehmen. Steuererhöhungen (in deren Folge auch die der Preise) und die Anhebung der Arbeitslosenversicherungs-Beiträge nehmen mehr als mit den 6 % erreicht werden konnte.

2. Die Steuererhöhung für breite Teile der Arbeitnehmerschaft einerseits, die angekündigten Steuergeschenke für die Unternehmer andererseits zeigen, daß die angeblichen Mittel für den Aufbau in der ehemaligen DDR - zumal sie dort nicht ankommen, wie Massenarbeitslosigkeit, die Zerstörung der industriellen Basis, sowie die desolate Situation der öffentlichen Haushalte verdeutlichen - nichts anderes darstellen, als einen weiteren Schritt im Rahmen der Politik der Milliardenumverteilung von unten nach oben - Charakteristikum der Politik seit der Wende 1982. ...

4. Ausgehend von diesen Erwägungen halten wir eine Offensive der ÖTV zur Verteidigung der 6 % für unerläßlich!

- Gegen die Anhebung der Arbeitslosenversicherungs-Beiträge, mit der befristete ABM finanziert werden, fordern wir die Rücknahme dieses Beschlusses und die Ausstattung von Ländern und Kommunen durch Bonn in mindestens gleichem Umfang zum Erhalt und zur Schaffung regulärer Arbeitsplätze.
- Gegen die Steuererhöhung (und die Preiserhöhungen in deren Gefolge) fordern wir bundesweite Aktionen der ÖTV. Für die Rücknahme dieser Beschlüsse der Bonner Regierung und ... der angekündigten Steuerentlastung für die Unternehmer !

5. Wir meinen, nur so, getragen von den Aktionen der Kolleginnen und Kollegen, organisiert durch die ÖTV, sind die 6 % zu verteidigen...."

Es wurde eine Unterschriftensammlung beschlossen, die sich an Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes allgemein, und speziell an die Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens wendet. Sie soll im Juni dem Hauptvorstand der ÖTV zugesandt werden:

Unterschriftensammlung

„Am 1.7.91 wollen Unternehmer und Regierung Kohl über die Aufhebung des Kündigungsschutzes 3 bis 4 Millionen Menschen im Osten arbeitslos machen. Zur gleichen Zeit sollen die ArbeitnehmerInnen über Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Umverteilung von Milliarden in die Taschen von reichen, Banken, Konzernen und Spekulanten zahlen. So will Kohl die Tariferhöhung wieder reinholen.
* Es darf nicht sein, daß 3 bis 4 Millionen im Osten den Kündigungsschutz verlieren und arbeitslos werden!
* Es darf nicht sein, daß durch Steuer- und Abgabenerhöhung die Tariferhöhungen der ArbeitnehmerInnen rückgängig gemacht und Länder und Kommunen finanziell ausgeblutet werden!
* Für das Sozial- und Gesundheitswesen fordern wir:
* Keine Privatisierung von Kliniken, Pflegeeinrichtungen, etc.!
* Keine Einbrüche in die Rechte der Beschäftigten: keine Entlassungen mit anschließender Neubeschäftigung in AB-Maßnahmen unter Fortfall aller Rechte, wie sie sich z.B. über die Dienstjahre begründen.

Deshalb fordern wir von den Verantwortlichen unserer Gewerkschaft, die sich selbst gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes und die Entlassungen, sowie gegen die Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgesprochen haben:
- keine Steuergeschenke für die Unternehmer,
- keine Steueropfer für die arbeitende Bevölkerung
- weg mit den Steuer- und Abgabenerhöhungen,
- Sicherung des Kündigungsschutzes über den 30.6. hinaus !

Damit diese Forderungen durchgesetzt werden:
* Mobilisierung aller ArbeitnehmerInnen, alle gemeinsam, zur gleichen Zeit,
* Sternmarsch nach Bonn und Berlin !

Gemeinsam für den Erhalt und Ausbau der Kindereinrichtungen in Ost- und Westdeutschland

Kontakte zwischen ErzieherInnen in Düsseldorf und Chemnitz

Erste gemeinsame Aktivitäten von ErzieherInnen in Chemnitz und Düsseldorf hatte es in der Diskussion um die Erhebung der Elternbeiträgen gegeben, die in Sachsen erheblich höher sein sollen als in NRW, und das trotz der dort viel niedrigeren Einkommen.

Die Chemnitzer Erzieherinnen und Eltern hatten einen Antrag von Bündnis 90/Grüne im Sächsischen Landtag unterstützt, der die Angleichung der Beiträge an NRW fordert. Düsseldorfer Eltern und ErzieherInnen hatten sie unterstützt mit der Forderung: "Erhalt aller Kindergärten und Krippenplätze; für alle bezahlbare Elternbeiträge." Es ist nicht einzusehen, daß im Osten die 100 % Deckung mit Plätzen durch die überhöhten Beiträge zerstört werden soll, während wir im Westen für den 100 % Ausbau kämpfen.

Aus dieser Diskussion ging eine Einladung an die Chemnitzer Erzieherinnen nach Düsseldorf hervor. Die Gespräche drehten sich vor allem um zwei Fragen:
1) pädagogische Konzepte und Fortbildung
2) gewerkschaftliche Rechte; wie können wir für den Erhalt der Einrichtungen kämpfen?.

Bei einem Besuch in der einladenden Kindereinrichtung in Düsseldorf informierten sich die Chemnitzer Erzieherinnen darüber, wie dort die Arbeit mit den Kindern durchgeführt wird. Ihr Resümee war, daß die Kinder dort viel freier bestimmen können, was sie machen wollen, die Voraussetzungen für die Erziehung und Förderung der Kinder sind vielfältiger. Es gibt Werkräume und ein Turnzimmer, das die Kinder individuell benutzen können, wenn ihnen danach ist. Schlafen müssen die Kinder nur, wenn sie müde sind, nicht gezwungenermaßen.

In der nachmittäglichen Diskussion berichteten die Kolleginnen aus Chemnitz, daß durch die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung die Unsicherheit über den Fortbestand der Einrichtungen weiter verstärkt wird. Einige Beispiele waren, daß die Krippen in Familiengruppen umgewandelt werden sollen und die einzelnen Einrichtungen Konzepte dafür entwickeln sollen. Keine der Erzieherinnen ist dazu ausgebildet - eigentlich sind das Aufgaben der Stadt. Dadurch, daß von der Stadtverwaltung keine genauen Pläne über die Zukunft der Einrichtungen vorgelegt werden, wird die Konkurrenz zwischen den einzelnen Einrichtungen und Kindergärten und Krippen geschürt, die jetzt versuchen sich gegenseitig die Kinder abzuwerben, um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen.

Der Berufsabschluß der ErzieherInnen wird nicht anerkannt. Die angekündigten Fortbildungsmaßnahmen laufen frühestens in 2 Jahren an. Diejenigen, die sie machen, werden durch Nichtanerkennung ihrer Berufsjahre und dadurch, daß sie noch ein Anerkennungsjahr machen müssen, bestraft (sie werden entsprechend niedriger eingestuft und haben finanzielle Einbußen).

Die Konsequenz aus dieser Diskussion war, daß der Austausch dringend notwendig ist, nicht auf der Ebene, daß die "Wessis" den ostdeutschen Erzieherinnen ihre Erkenntnisse überstülpen, sondern durch Zusammentragen der positiven Elemente von beiden Seiten.
Ein anwesender Gewerkschaftssekretär wies daraufhin, daß die ÖTV in Sachsen eine Kampagne für die Anerkennung der Berufsabschlüsse plant und den Chemnitzerinnen die Materialien zur Verfügung stellen wird.

Sicherlich noch wichtiger als die fachbezogene Diskussion war die Diskussion zur Verteidigung der Arbeitsplätze und welche gewerkschaftlichen Möglichkeiten die Betroffenen haben. Da die Kindereinrichtungen nur noch bis zum 30.6. von der Bundesregierung mitfinanziert werden und die Kommunen kein Geld haben, ist zu befürchten, daß ein guter Teil der Einrichtungen geschlossen wird. Einhellige Meinung war, daß das durch die Landesregierung und die Stadt geschaffene Chaos (Elternbeiträge, Schließzeiten, Ausspielen der Krippen gegen Kindergärten) dazu dienen soll, die Eltern zu verunsichern und zur Abmeldung der Kinder zu treiben (vor allem, wenn sie arbeitslos sind). In einigen Fällen ist das auch schon gelungen.

Es wurde von den betroffenen Kolleginnen darauf hingewiesen, daß sie von der Gewerkschaft, obwohl sie sich an sie gewandt haben, bisher keine Unterstützung erhalten haben, sodaß die gewählten Vertrauensleute und Personalräte völlig in der Luft hängen und von ihren Vorgesetzten über den Tisch gezogen werden können.

Vor allem in ihrer Auseinandersetzung mit einer ehemaligen "Blockflöte" in der Stadtverwaltung, fühlen sie sich allein gelassen, da diese Frau über ihre berufliche Zukunft entscheidet, sich aber bisher jeder Diskussion mit Eltern und ErzieherInnen entzogen hat. Das wurde als untragbar angesehen, denn schließlich gehört die Gewerkschaft unter die Kontrolle der Kolleginnen und muß für die Vertretung ihrer Forderungen da sein.

Ein ÖTV Kollege schlug vor, eine ÖTV Betriebsgruppe/Fachgruppe zu gründen, die dann den zuständigen ÖTV-Sekretär einlädt, um gemeinsam über weitere Schritte zu beraten und die Forderungen dort zusammenzufassen. Einige Forderungen wurden bereits in Düsseldorf genannt:

* Anerkennung der Berufsabschlüsse (wie in Berlin und Brandenburg geplant)
* Vorlage eines Bedarfsplans für Chemnitz sofort (Grundlage muß die Anzahl der Kinder sein) - selbst nach Aussagen des Minister Geißler steigt der Bedarf
* neue Regelung für die Öffnungszeiten
* Vorlage der Planung für Krippen und Kindergärten sofort, damit die Einrichtungen nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Eine weitere wichtige Frage war die einer Personalrätin nach den Rechten bei Kündigungen. Sie war nicht informiert, daß sie auf jeden Fall bei Kündigungen widersprechen muß - ansonsten erkennt sie diese an.

Der Einigungsvertrag durchlöchert diese Möglichkeiten allerdings in den Fällen, wo ein sogenannter "Freier Träger" die Einrichtung übernimmt oder die Einrichtung geschlossen wird. In diesem Fall gelten die Kündigungsschutzbestimmungen nicht mehr.

Ab 1.7. ist es für viele ErzieherInnen in den 5 neuen Ländern unsicher, ob sie weiterbeschäftigt werden. Von daher wurde der Vorschlag des Leipziger Volksausschusses begrüßt, für die Verlängerung des Kündigungsschutzes zu kämpfen. Es wurde angeregt, die Unterschriftenliste auch in Chemnitz zu unterstützen.

Der Besuch der Erzieherinnen in Düsseldorf wurde von beiden Seiten als sehr fruchtbar angesehen. Ein Gegenbesuch und die Fortsetzung des Austausches wurden für Juni beschlossen.

S. Grumm, B.S.

SPD-Basis gegen den weltweiten militärischen Einsatz deutscher Soldaten

Der SPD-Parteivorstand fordert im Rahmen seines Antrags für den bevorstehenden Bundesparteitag, daß sich das vereinigte Deutschland „im Rahmen der EG und im Rahmen der Vereinten Nationen an der Herstellung internationaler Stabilität beteiligen und dazu beitragen (müsse), daß Konflikte zwischen den einzelnen Nationen durch eine politisch und finanziell gestärkte UNO beigelegt werden." Beim Zusammenwachsen der EG zu einer politischen Union müssen die Deutschen einen „angemessenen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten." Die Bundeswehr müsse in der Lage sein, „sich im Rahmen der UNO und unter UNO-Kommando an friedenssichernden Einsätzen (Blauhelm-Mission) zu beteiligen." Andere Vorstandsmitglieder wollten noch weitergehen und z.B. Bedingungen realisieren, die auch eine Beteiligung deutscher Truppen an Einsätzen wie im Golf-Krieg ermöglichen.

Es liegen jetzt fast 150 Anträge aus Ortsvereinen und Unterbezirken zu diesem Thema für den Bremer Parteitag vor. Kaum ein Dutzend dieser Anträge aus der Basis teilt die Meinung des Parteivorstands. In den vorhergehenden Ausgaben der „Briefe" haben wir z.B. die Position von Heidemarie Wieczorek-Zeul und den Antrag aus Hessen-Süd abgedruckt. Daß sie die Meinung einer breiten Parteimehrheit wiederspiegeln, zeigen die vielen Anträge aus der Basis.
In einem Antrag aus der Pfalz heißt es: „Die Bundesrepublik und insbesondere die SPD stehen ohne Frage unter einem massiven Druck der westlichen Öffentlichkeit. Man fordert von uns allenthalben die Beteiligung an militärischen Einsätzen der UNO bzw. westlicher Kriegskoalitionen. Das hat zur Folge, daß in unseren eigenen Reihen die Furcht vor der Isolierung gegenüber westlichen Verbündeten und Partner-Parteien geäußert wird....Wir stehen so in der Gefahr, in unserer Willensbildung zum Spielball außenstehender, insbesondere konservativer Kräfte...zu werden. Diesem Druck wird die SPD standhalten. Das ist aus sachlichen Gründen wichtig. Es muß noch politische Kräfte in der westlichen Welt geben, die dem Trend zur militärischen Lösung von Weltkonflikten entgegensteuern." (zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.Mai 1991).

Zur Reform der UN und zum Einsatz der Bundeswehr bei Friedensmissionen

(Vera Wollenberger Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90 /Grüne; **Achim Schmillen.)**

(zit. nach Frankfurter Rundschau, 15.5.91)

Die Rolle der Vereinten Nationen im Golf-Krieg
...Eine Strömung sieht im Verhalten der Vereinten Nationen während der Golf-Krise und des Krieges einen deutlichen Beleg für den allgemeinen Willen und die ernsthaften Bemühungen, die internationalen Beziehungen zukünftig im Rahmen der UNO-Charta zu regeln; die andere Strömung sieht in der UN-Rolle vielmehr Anzeichen dafür, daß die Weltorganisation für die hegemonialen Interessen der industrialisierten Staaten gegenüber den Ländern der sogenannten Dritten Welt instrumentalisiert wurde. ...
Die Operation "Wüstenschild", aus der dann ein "Wüstensturm" wurde, kann wohl dem letztgenannten Denkmodell zugeschlagen werden, zumal, wenn man feststellt, daß die Bedeutsamkeit der Vereinten Nationen für die USA dann vollkommen irrelevant wurde, als sie die völkerrechtliche Rückendeckung für ihre Intervention hatte. Als besonders problematisch muß das völlige Versagen des Weltsicherheitsrates bei der Kontrolle und Steuerung des Militäraufmarsches gewertet werden, und auch die vollständige und einseitige Übertragung der militärischen Machtbefugnisse auf die US-Regierung läßt sich kaum mit der ersten Strömung vereinbaren. ...

Der entscheidende Unterschied zwischen den unterschiedlichen Kriegen in der gleichen Region ist der, daß im Golf-Krieg eine Großmacht, die USA, direkt beteiligt war. Sie haben die UNO für ihr Partikularinteresse instrumentalisiert und damit deutlich gemacht, daß die UNO lediglich gegenüber kleineren und mittleren Staaten friedenserhaltende Missionen praktizieren kann, zumal wenn die Großmächte sie darin unterstützen. Ist dagegen eine Weltmacht selbst direkt involviert oder engagiert sie sich aktiv, dann sind der UNO schlichtweg die Hände gebunden, wobei die Größe des Gegners dieser Weltmacht völlig irrelevant ist (siehe Panama, Grenada und zuletzt der Irak).

Die Weltorganisation bedarf einer gründlichen Reformierung
In den Gremien der Vereinten Nationen geht es natürlich um Interessen und im Weltsicherheitsrat definieren und setzen die Großmächte ihre Interessen auch durch. Allerdings gibt es nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und bei der Herausbildung einer multipolaren, interdependenten Welt zur UNO und zur Erweiterung der Kompetenzen der Vereinten Nationen keine Alternative.

Bei einer zunehmenden Verschärfung der inter- und intranationalen Entwicklungsdisparitäten darf es allerdings keinen nationalen Mißbrauch der UNO geben; die UNO darf nicht zu einem Instrument der starken Industriestaaten gegen die schwachen Entwicklungsländer werden.

Deshalb fordern wir eine grundlegende Reform der Charta der Uno...

Bundesdeutsche Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO
...Prinzipiell ist eine Beteiligung der Bundesrepublik an Peace Keeping-Aktivitäten der Vereinten Nationen möglich, aber es gibt nach wie vor gute Gründe, die gegen eine bundesdeutsche Beteiligung an Militäreinsätzen der Vereinten Nationen sprechen.
Da ist erstens das Argument der historischen Belastung, das auch durch die Vereinigung keineswegs ausgeräumt ist;...
Ein zweites ernstzunehmendes Argument ist, daß die Beteiligung an Militäreinsätzen der Vereinten Nationen eine Türöffnerfunktion für weitergehende Militäreinsätze besitzt (z.B. out-of-area-Aktivitäten der NATO). Man könnte es dadurch entkräften, indem man über eine Grundgesetzänderung einen „out-of-area"-Einsatz der Bundeswehr -im nationalen wie im Interesse der NATO- strikt und unmißverständlich untersagt...

Fazit
Will man die Regelung künftiger Konflikte nicht den Supermächten überlassen, dann gibt es zur Stärkung der Vereinten Nationen keine Alternative. Allerdings sind wir nur dann für eine bundesdeutsche Beteiligung an friedenserhaltenden Missionen der UN, wenn es eine grundlegende Reform innerhalb der Charta der Vereinten Nationen gibt. Diese Reform ist auch jenseits der daraus resultierenden Folgen für die Bundesrepublik Deutschland zwingend und unbedingt erforderlich, und sie bezieht sich in erster Linie auf die Verfaßtheit des Weltsicherheitsrates. Insofern gibt es für uns eine Linkage zwischen Änderung des Grundgesetzes und einer Reform der Charta der UNO...
Einen weitergehenden Einsatz der Bundeswehr, z.B. im Rahmen einer westeuropäischen Eingreiftruppe der WEU oder EG oder out-of-area-Einsätze der NATO lehnen wir entschieden ab.
Die Revision der UNO-Charta muß daher aus unserer Sicht einer Grundgesetzänderung vorausgehen.